

## 1. Einleitung

Als am 18. März 2010 der FATCA als Teil des HIRE acts in seinen Grundzügen beschlossen wurde, war schon alleine aufgrund der Wortwahl deutlich, auf wen es die U. S.-Steuerbehörde abgesehen hatte. Dabei darf davon ausgegangen werden, dass die U. S.-Regierung den HIRE act, welcher auf die Förderung des inländischen Arbeitsmarktes abzielt, als eine Art „Deckmantel“ verwendet. Denn bereits seit Ende der 90er Jahre ist bekannt, dass das bislang gültige U. S.-Quellensteuerverfahren Lücken für Steuerflüchtlinge bietet.<sup>1</sup> Das neue Gesetz soll nun u. a. die Steuerhinterziehung der HNWI, den sog. „fat cats“, reduzieren. Darüber hinaus steht vor allem die Informationsgewinnung über die besagten Personengruppe im Vordergrund, was allein schon durch die Überschrift des Chapter 4<sup>2</sup> deutlich wird: *„Taxes to enforce reporting on certain foreign accounts“*. Was man sinngemäß etwa wie folgt übersetzen könnte: Steuern zur Erzwingung von Berichterstattungen bestimmter ausländischer Konten. Doch dabei profitiert von dem neuen Gesetz keinesfalls ausschließlich die U.S.A., sondern auch der deutsche Fiskus hat im Eigeninteresse dazu beigetragen, dass die nationalen FI möglichst zeitnah von den Änderungen betroffen sind. Dieser und weitere Aspekte werden in den nachfolgenden Kapiteln Gegenstand der Abschlussarbeit sein.

### 1.1. Ziel der Bachelorarbeit

Gegenstand dieser Bachelorthesis ist die Auswirkungen der Einführung des FATCA auf die deutschen Kreditinstitute sowie deren Kunden zu analysieren. Ziel ist es dabei sowohl die finanziellen und formellen Anforderungen an die KI zu betrachten, als auch auf die Folgen bezogen auf das Vertrauensverhältnis zu deren Kunden zu beleuchten. Der FATCA als Teil des HIRE acts stellt dabei ein Instrument dar, welches bei dem vorliegen bestimmter Sachverhalte sämtliche Zahlungsströme aus den USA mit 30 % besteuert. Dies ist auch der Grund, weshalb dieses Gesetz in der Fach-

---

<sup>1</sup> vgl. Baches, Zoé; in: NZZ; Die Aktenherausgabe im Fall UBS ist kriminell; 22.02.2009

<sup>2</sup> Title 26 USC, Subtitle A, Chapter 4

presse u. a. als „*Neutronenbombe des globalen Wirtschaftssystems*“<sup>3</sup> bezeichnet wird. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll deshalb die Frage beantwortet werden, ob und in welchem Umfang die deutschen KI und deren Kunden von diesem US-Gesetz betroffen sind. Dazu werden die individuellen Ausgangssituationen des deutschen Finanzdienstleistungssektors herangezogen und mithilfe der rechtlichen Rahmenbedingung die Folgen des FATCA analysiert. Dazu wird die einschlägige Fachliteratur untersucht und kritisch hinterfragt.

Bei dieser Arbeit wird überwiegend die Situation der deutschen KI betrachtet, sowie ein nationaler Vergleich innerhalb der Finanzdienstleistungsbranche zu inländischen Versicherungen und Fondsgesellschaften gezogen. Ein internationaler Vergleich wird aufgrund der teilweise enormen rechtlichen Unterschiede nur beschränkt abgedeckt. Hierbei liegt der Fokus auf den Finanzdienstleistern der Schweiz. Auch eine Auswirkung der FATCA-Einführung auf das Schweizer Bankgeheimnis wird in diesem Zusammenhang betrachtet.

---

<sup>3</sup> NZZ Online vom 11. September 2012